

# «Es hat Schlimmeres gedroht»

*Ruth Dreifuss verteidigt den bundesrätlichen Vorschlag für die 11. AHV-Revision – auch wenn er den Frauen Opfer abverlangt.*

**Mit Bundesrätin Ruth Dreifuss sprachen Iwan Städler und Bruno Vanoni, Bern**

Zwei Jahre lang hat nun der Bundesrat um die 11. AHV-Revision gerungen. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Ich bin froh, dass das Ringen zu einem guten Ende geführt hat: einer soliden Botschaft für eine vernünftige Revision.

Sie stehen also voll dahinter?  
Natürlich.

Der Bundesrat hat nur 400 Millionen Franken für die soziale Abfederung des flexiblen Rentenalters eingesetzt – 200 Millionen weniger, als Sie wollten. Ist das nicht ein Wermutstropfen?

Die 400 Millionen Franken reichen aus für den Normalfall. Sie reichen aus, um Personen mit bescheidenem Einkommen, die sich frei für eine vorzeitige Pensionierung entscheiden können, die Härten der versicherungstechnischen Rentenkürzung zu mildern. Für sie bringt die 11. AHV-Revision eine originelle Lösung, die sich auch im Vergleich mit dem Ausland sehen lassen kann. Für jene Menschen aber, die ein paar Jahre vor der Pensionierung von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden und gar keine Wahl haben, bringt die 11. AHV-Revision allein keine vollständige Antwort.

Immerhin hat der Bundesrat die Absicht erklärt, aus den Kapitalerträgen der überschüssigen Goldreserven eine Überbrückungsrente für diese Leute zu finanzieren.

Der Bundesrat hat erkannt, dass den schmerzlichen Problemen von ausgesteuerten Arbeitslosen, von Teilinvaliden, von Witwen, die den beruflichen Wiedereinstieg nicht schaffen, Rechnung getragen werden muss. Eine Überbrückungsrente, befristet ausserhalb des AHV-Systems realisiert, ist für diese Menschen eine gute Lösung.

Wären Ihnen 200 Millionen Franken mehr für die soziale Abfederung des flexiblen Rentenalters nicht lieber gewesen?

Die Überbrückungsrente ist – wenn ich sie wirklich bekomme – eine valable Alternative.

Neben dem Fortschritt des flexiblen Rentenalters bringt die 11. AHV-Revision vor allem Abstriche für die Frauen. Wie können ausgerechnet Sie, die Hoffnungsträgerin vieler Frauen, dies vertreten?

Wir Frauen kämpfen seit Jahren in einer Art Wettlauf. Wir setzen alle Fantasie und Energie ein, um die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft, am Arbeitsplatz, bei den Bildungschancen zu fördern. Wenn wir dabei genügend rasch vorankommen, können wir auch die mittelfristige Gleichstellung beim AHV-Alter und bei der Witwenrente verantworten.

In der 11. AHV-Revision zahlen die Frauen also den Preis für die bereits errungene und weiter absehbare Gleichstellung in andern Bereichen?

Ja. Die Frage ist bloss, ob der Preis nicht zu früh bezahlt wird. Deshalb sind die soziale Abfederung und die Überbrückungsrente wichtig.

Würden Sie die Gleichstellung bei Rentenalter und Witwenrente auch befürworten, wenn Sie noch Gewerkschafterin wären?

Dann würde ich als Gegenleistung mehr verlangen. Diese Förderung wird ja auch kommen, und das ist auch gut so. Es gibt ja auch Stimmen, die weniger wollen.

Sahen und sehen Sie Ihre Aufgabe bei der 11. AHV-Revision vor allem darin, Schlimmeres zu verhüten?

So würde ich es nicht formulieren. Ich sage nur: Es hat in den letzten Jahren sehr viel Schlimmeres gedroht.

Von Kollegen im Bundesrat?

Nein, nein, ganz allgemein.

Ist eine Erhöhung des AHV-Alters auf 66 oder 67 Jahre für Sie vom Tisch?

Wir müssen im Parlament aufpassen, dass die ausgewogene Vorlage nicht durch extreme Forderungen gefährdet wird.

Bei welchen Abstrichen könnten Sie nicht mehr hinter der 11. AHV-Revision stehen?

Ich werde die Vorlage des Bundesrats mit aller Überzeugungskraft und Hartnäckigkeit vertreten. Bilanz ziehe ich, sobald das Resultat der Parlamentsdebatte vorliegt.

Bleiben Sie denn noch so lange im Amt?

(lacht) Sollte es zehn Jahre dauern, werde ich bereits meine AHV beziehen.

Selbst wenn es nicht so lange dauern sollte: Die Auseinandersetzung wird hart werden, weil zum Beispiel die Wirtschaftsverbände gegen die beantragte Erhöhung der Mehrwertsteuer sind.

Das finde ich in jeder Hinsicht unvernünftig. Sozialpolitisch ist es unvernünftig, weil ohne Mehreinnahmen die Grundversicherung unserer sozialen Sicherheit gefährdet wird: Die AHV-Renten müssten kleiner werden. Politisch ist es mehr als unvernünftig, weil man nicht allein von den Frauen grosse Opfer verlangen kann, wenn nicht alle einen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

Werden die AHV-Renten durch die 11. Revision gesichert?

Die AHV hat bereits zehn Revisionen hinter sich. Sie ist also eine ewige Baustelle. Und sie ist ein sehr stabiles System, das rasche Anpassungen an die Entwicklung der Gesellschaft erlaubt. Was in zwanzig, dreissig, fünfzig Jahren sein wird, kann – Hand aufs Herz – niemand genau vorhersagen. Fest steht aber, dass wir mit dieser Revision vom Aufbau zur Konsolidierung übergehen und das solide Fundament für die nächsten zehn Jahre sichern. Für die weitere Zukunft muss die bereits angekündigte 12. Revision sorgen.

Sind Sie froh, diese 12. AHV-Revision nicht mehr durchziehen zu müssen?

Nein. Auch sie würde mich reizen.